

# Übersichten

Juli 2004

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Harte Töne bei Fischers Besuch in Beijing

„Freundschaftliche bilaterale Beziehungen als gemeinsamer Wunsch beider Nationen“, „gegenseitiges politisches Vertrauen“, „Streben nach einer multilateralen Weltordnung“, „Wirtschafts- und Handelskooperationen auf höchstem Niveau mit noch viel größerem Entwicklungspotenzial“ – diese oder ähnliche offizielle Einschätzungen wurden allgemein im Zusammenhang mit Joschka Fischers Besuch in China erwartet. Sie wurden auch geäußert, doch daneben waren vor allem unüberhörbare und ungewöhnlich große Dissonanzen zu vernehmen. Der deutsche Außenminister hielt sich auf seiner zehntägigen Asienreise vom 15. Juli an auch zwei Tage in Beijing auf und traf dabei mit seinem chinesischen Amtskollegen Li Zhaoxing und dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao zusammen. Todesstrafe, Taiwan, Tibet, Hongkong – Fischer ließ entgegen bisheriger Praxis keines der heiklen Themen aus, auch nicht, als er am Donnerstag nach den Ge-

sprächen gemeinsam mit Li vor die Presse trat.

Die Zeiten, in denen von deutscher Seite, wenn überhaupt, in eher wohlwollenden und allgemein gehaltenen Formulierungen auf die Menschenrechtssituation in China hingewiesen worden ist, scheinen vorbei. Im Menschenrechtsbereich gebe es „einerseits Fortschritte, andererseits große Besorgnis“, so Fischer. Anders als Kanzler Gerhard Schröder kritisierte Fischer klar die Todesstrafe und die deutsche Sorge über die so genannte Administrativhaft – die Haft in Umerziehungslagern –, die in China von der Polizei ohne Gerichtsurteil verhängt werden kann. Auch in seinem Gespräch mit Wen betonte Fischer, dass Fortschritte bei den Menschenrechten erforderlich seien.

Die jüngsten Entwicklungen in Hongkong standen ebenfalls auf Fischers Agenda. In diesem Zusammenhang prangerte er die Entscheidung der chinesischen Regierung an, für 2007 keine allgemeinen Wahlen zuzulassen (vgl. C.a., 2004/4, Ü 26; 2004/6, Ü 26).

Im Hinblick auf Tibet und Taiwan versicherte Fischer zwar, Deutschland stehe hinter dem Ein-China-Prinzip, würde aber gerne sehen, dass die Tibet-Frage auf dem Weg des Dialogs mit dem Dalai Lama gelöst und den Tibetern mehr politische und religiöse Freiheit gewährt würde. Nach Angaben aus Delegationskreisen äußerte er auch Besorgnis über die Verhärtung in der Taiwan-Frage und appellierte an die chinesische Führung, den Streit um Taiwan friedlich beizulegen.

Lis Gegenrede war nach den harten Worten seines Amtskollegen mit gezielter Verteidigungsrhetorik gespickt. Gegen westliche Belehrungen in der Hongkong-Frage wehrte er sich, indem er sagte, Hongkong sei Chinas Hongkong und China habe das „souveräne Recht“, über die „rechtlichen Privilegien“ der Bürger Hongkongs zu bestimmen. Als Hongkongs Bürger noch unter der Kolonialherrschaft zu leben hatten, habe kein westliches Land den dortigen Mangel an Demokratie beklagt, wohingegen sich die Hongkonger Bürger nun demokratischer Rechte erfreuten.

Kompromisslos waren auch die Worte Lis in der Tibet-Frage: Der Dalai

Lama betreibe im Ausland inakzeptable separatistische Aktivitäten. Die Tür für Gespräche würde von Beijing erst geöffnet, wenn der Dalai Lama seine spalterischen Aktivitäten aufgebe und öffentlich erkläre, Tibet sei ein Teil Chinas.

Zum Thema Menschenrechte äußerte sich Li folgendermaßen: Das chinesische Volk, so versicherte er, genieße Religionsfreiheit. Die angeblichen Menschenrechtsverletzungen wies er jedoch dahingehend zurück, indem er sagte, China habe eine große Bevölkerung, „aber jedes Individuum ist so wichtig wie die Gesamtbevölkerung“, daher gehe es bei der „Umerziehung durch körperliche Arbeit“ um den Aufbau von Demokratie, bei dem China vorankommen wolle, so der Minister.

Dem Dauerbrenner in den chinesisch-deutschen Beziehungen, der Aufhebung des EU-Waffenembargos, wich wiederum Fischer geschickt aus, indem er die chinesische Führung vertröstete, die Europäische Union diskutiere diese Frage weiter, die Ergebnisse blieben abzuwarten, man brauche einen Konsens. Bundeskanzler Schröder hatte China eine baldige Aufhebung in Aussicht gestellt (vgl. C.a., 2003/12, Ü 1). Fakt ist jedoch, dass man in Berlin nicht mehr damit rechnet, dass der Lieferstopp bald aufgehoben wird. Beim EU-Gipfel im Juni hatten sich die Staats- und Regierungschefs nur darauf geeinigt, die „Prüfung fortzusetzen“. Ein Beschluss müsste einstimmig gefällt werden. Auf Washingtons Druck hin dürfte es vor allem Großbritannien sein, das eine Aufhebung weiterhin verhindert.

Im Gegenzug blieben die Antworten auf Fischers Werben um Beijings Unterstützung für einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat ebenfalls unkonkret. Zwar unterstützte Wen grundsätzlich den Wunsch Deutschlands nach einer größeren Rolle in den Vereinten Nationen, explizite Rückenstärkung für den deutschen Anspruch wurde jedoch vermieden. Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums sagte lediglich, China sei der Ansicht, dass die Vereinten Nationen nach 60 Jahren des Wandels den Sicherheitsrat in angemessener Weise erweitern sollten. „Wir wissen, dass Deutschland

in Europa und der Welt eine wirklich wichtige Position eingenommen hat, und wir hoffen, dass Deutschland seine Rolle und seinen Einfluss weiter ausbauen kann.“ (XNA, 1., 6.7.04; Xinhua, 15.7.04, nach BBC EF, 15.7.04; Xinhua, 15.7.04, nach BBC PF, 15.7.04; ST, 10.7.04; IHT, 14.7.04; WSJ, 15.7.04; FAZ, 16.7.04; HB, 16.7.04; NZZ, 16.7.04; FT, 16.7.04)  
-eva-

## 2 Militärübung offenbart chinesischen Strategiewechsel in der Taiwan-Frage

Sowohl die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) als auch das Militär Taiwans und das der USA proben in diesem Sommer unabhängig voneinander den Ernstfall einer militärischen Konfrontation. Die taiwanische Armee simulierte in ihrem einwöchigen Manöver vom 19. bis 25. Juni die Abwehr eines angenommenen Raketenangriffs auf Taipeh (*Der Standard*, 15.7.04) und will auch in den anstehenden, jährlich stattfindenden Militärübungen im August die Schlagkraft ihrer Armee für den Fall eines chinesischen Angriffs testen. (ST, 18.7.04; FT, 20.07.04) Auch die von den US-Streitkräften am 12. Juli durchgeführte Krisensimulationsübung sowie die im August stattfindende „Operation Summer Pulse 04“ beruhen, als Teil von insgesamt neun US-Militärübungen, auf dem Szenario eines von chinesischer Seite ausgehenden Angriffs auf Taiwan. (ST, 17.7.04) Im diesjährigen Großmanöver der VBA, das Mitte Juli in der Region der Insel Dongshan an der Südküste Fujians, weniger als 280 km vor dem taiwanischen Inselarchipel der Pescadore (Penghu), stattfand, wurde ein solcher Angriff auf Taiwan „aktiv, initiativ und offensiv“ erprobt, erklärten Militärexperten der Volksrepublik im staatlichen Sprachorgan *Renmin Ribao*. (ST, 5.7.04; HB, 12.07.04; *Der Standard*, 15.7.04)

Auch wenn alle drei Seiten offiziell beteuerten, ihre in diesem Sommer zeitnah stattfindenden Militärübungen seien Routine und somit keine direkte Reaktion auf die aktuell angespannte politische Situation zwischen den Kontrahenten beiderseits der Taiwan-Straße, die sich seit der

Wiederwahl Chen Shuibians zuspitzt (vgl. C.a., 2004/3, Ü 1), so scheint der Bezug zu einem bedrohlicher werdenden militärischen Szenario dennoch in all diesen Manövern stärker denn je. Von chinesischer Seite hieß es beispielsweise auch, es sei kein – wie sonst – präventives Militärmänoöver gegen eine mögliche Unabhängigkeit Taiwans, sondern eine offensive militärische Übung, die als „substanzielle Warnung“ an die Unabhängigkeitskräfte in Taiwan gerichtet sei. (ST, 5.7.04; HB, 12.7.04; *Der Standard*, 15.7.04) Hinsichtlich der Manöver Taiwans und der USA fällt auf, dass erstmals seit 1979 auch Armeemitglieder des jeweils anderen Landes an den militärischen Übungen beider Staaten teilnehmen. (ST, 5.7.04)

Das Manöver der Volksrepublik China wies zudem einige Besonderheiten auf, die in mehrfacher Hinsicht auf einen Strategiewechsel hindeuten. Erstmals ging man in China vor dem Ereignis bewusst an die Öffentlichkeit, indem ausführlich über die Militärübungen, inklusive einiger Details über beteiligte Armeeeinheiten, berichtet wurde. In den chinesischen Medien wurde unverblümt der mit diesem Manöver bezweckte militärische Druck auf Taiwan dargestellt. Es wurde auch kein Hehl aus der Tatsache gemacht, dass der Ort des Manövers nicht nur aus psychologischen Gründen wegen seiner Nähe zu Taiwan gewählt wurde, sondern auch, weil er den Vorzug einer ähnlichen geographischen Beschaffenheit wie das beanspruchte Territorium habe. Mit dieser neuartigen Berichterstattung scheint Beijing sicherzugehen zu wollen, dass seine militärischen Drohungen erst genommen werden. (*Der Standard*, 13., 15.7.04; FAZ, 13.7.04, S.5)

Auch hinsichtlich strategischer Aspekte war das chinesische Manöver ein Novum. Nachdem in den seit 1996 jährlich stattfindenden Militärübungen in der Dongshan-Region der Fokus bislang auf der Überquerung der Taiwan-Straße sowie der Landung auf der Insel lag, wurde beim diesjährigen Manöver der Kontrolle des Luftraumes oberste Priorität eingeräumt. Auch chinesische Medien verdeutlichten in diesem Zusammenhang eine strategische Neuausrichtung der VBA, die traditionell auf die Landstreitkräfte fokussiert war. In einem

Bericht der *Beijing News* wurde hervorgehoben, das chinesische Militär zeige hiermit, es habe den hohen Stellenwert, den das Erringen der Lufthoheit in der modernen Kriegsführung innehat, verstanden. (ST, 5.7.04) Dies gilt erst recht, da die chinesische Luftwaffe, laut Einschätzung der *Financial Times*, in vorangegangenen Übungen kaum überzeugende Leistungen gezeigt habe. (FT, 20.7.04) Des Weiteren sei die Integration der Armeekräfte für komplexe militärische Aktionen und damit insbesondere hinsichtlich eines möglichen Angriffes auf Taiwan von entscheidender Bedeutung, hieß es in der Zeitung *China Youth Daily*. (HB, 12.7.04, S.7)

Mit dem aktuellen und größten in diesem Jahr stattfindenden Manöver der VBA, an dem insgesamt über 18.000 Mann der Luft-, See- und Landstreitkräfte teilnahmen und bei dem alle modernen Waffensysteme zum Einsatz kamen, sollte unter anderem die Stärke der vereinten Truppen der Volksrepublik nach außen demonstriert werden. Insbesondere gegenüber taiwanischen Unabhängigkeitskräften sollte verdeutlicht werden, China sei „willens und in der Lage“, die Taiwan-Frage militärisch zu lösen. Weitere Absichten, die mit den Übungen verfolgt wurden, seien die Überprüfung des Ausbildungsstandes und der Operationsfähigkeit der VBA sowie die unmissverständliche Warnung, keine äußere Einmischung in dieser Angelegenheit zu dulden. (*People's Daily*, 19.7.04, nach BBC PF, 19.7.04; *Der Standard*, 15.7.04)

Auch der Fokus des Manövers auf die Penghu-Inselkette lässt eine strategische Neuorientierung vermuten. Waren die in den Vorjahren durchgeführten Übungen auf eine Direktlandung auf der Insel Taiwan ausgerichtet, so scheint die VBA jetzt zunächst die Besetzung des vorgelagerten Archipels in Erwägung zu ziehen. Sollte es der chinesischen Armee gelingen, die Penghu-Inseln in einem ersten Schritt einzunehmen, so wäre sie für weitere militärische Aktionen nur noch 24 Seemeilen von der Hauptinsel entfernt. Auch Taiwan weiß um die strategische Bedeutung des Penghu-Archipels, das ideal als militärische Basis und Sprungbrett zur Eroberung Taiwans geeignet ist. Um einem derartigen Angriff entgegenzutreten, be-

finden sich ein großer Teil der Flotte Taiwans sowie ein taiwanischer Luftwaffenstützpunkt auf der Inselgruppe. Außerdem sind etwa 8.000 taiwanische Soldaten auf dem Archipel stationiert. (ST, 23.7.04)

Eine veränderte politische Positionierung gegenüber Taiwan und eine damit einhergehende Neuerung der strategischen Ausrichtung könnte in Zukunft auch von Seiten der USA ausgehen. In ihrem Gutachten forderte die vom amerikanischen Kongress beauftragte US-China Economic and Security Commission (USCC) jüngst eine Neubewertung der nach ihrer Einschätzung obsolet gewordenen Ein-China-Politik. Im vorgelegten Bericht drängte die USCC insbesondere darauf zu prüfen, ob Taiwan weiterhin Verteidigungsunterstützung zugesichert werden solle, ob die operationalen Beziehungen beider Armeen verstärkt werden sollen und wie die USA Taiwan dabei helfen könnten, seiner internationalen Isolation zu entkommen. Es wurde bereits mehrfach davor gewarnt, dass eine Umsetzung des Kommissionsvorschlages die Gefahr einer Eskalation des Konfliktes erhöhen könne. Praktisch gesehen kommt die gemeinsame Durchführung von Militärübungen Taiwans und der USA bereits einer Forderung der USCC nach. (ST, 5.7.04)

Dies blieb auch auf chinesischer Seite nicht unbemerkt. Wu Xinbo, ein prominenter Wissenschaftler der Fudan-Universität in Shanghai, vertrat in einem Interview mit *China Daily* die Meinung, dass die von den USA zugesicherte Ein-China-Politik nur leere Worte beinhalte, da de facto eine militärische Allianz mit Taiwan bestünde. (ST, 6.7.04; RMRB, 20.7.04, nach BBC EF, 20.7.04) Scharfe Kritik hinsichtlich des amerikanischen Umgangs mit der Taiwan-Frage mussten sich auch die US-Sicherheitsberaterin Rice (vgl. C.a., 2004/7, Ü 3) und der Oberbefehlshaber des US Pacific Command Admiral Fargo auf ihren jüngsten Besuchen in China gefallen lassen. Auch über die chinesische Botschaft in Washington wurde eine eindringliche Warnung an die USA ausgesprochen, ihre Waffenverkäufe an Taiwan einzuschränken und ihre militärischen Verbindungen zu Taiwan aufzugeben. Beijing sieht in der US-Entscheidung, Waffenverkäufe

an Taiwan in Quantität und Qualität zu erhöhen eine grobe Verletzung der drei gemeinsamen Kommuniqués. (WSJ, 13., 14.7.04; FAZ, 14.7.04; ST, 5., 6., 15., 17., 18., 23., 24., 26.7.04; ST, 23.7.04, nach BBC PF, 23.7.04; XNA, 20.7.04; *People's Daily* web site, 30.06., 19.7.04, nach BBC PF, 30.06., 19.7.04; *Central News Agency* web site, 20.7.04, nach BBC PF, 20.7.04; ZXS, 19., 23.7.04, nach BBC PF, 19.7.04; FT, 20.7.04; IHT, 22., 23.7.04; *Der Standard*, 15.7.04) -cam-

### 3 US-Sicherheitsberaterin Rice in China: Vorhaltungen wegen Taiwan

Auf Einladung des chinesischen Außenministers Li Zhaoxing besuchte die US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice am 8. und 9. Juli die Volksrepublik. Im Zuge ihrer Dreinationen-Tour, auf der sie auch Japan und Südkorea besuchte, traf sie sich in Beijing zu Gesprächen mit Präsident Hu Jintao, dem Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin, Staatsrat Tang Jiaxuan und dem chinesischen Außenminister. Dem knapp 24 Stunden dauernden Besuch lagen grundsätzlich konträre Anliegen und Erwartungshaltungen zugrunde. War von chinesischer Seite das immerwährende Thema Taiwan von höchster Wichtigkeit für die Sino-US-Beziehungen, kam es der Sicherheitsberaterin laut ihren eigenen Äußerungen im Vorfeld der Gespräche vor allem darauf an, China zu bewegen, seinen Einfluss auf Nordkorea stärker zu nutzen, um baldige Fortschritte in der Lösung der nordkoreanischen Atomfrage zu erzielen.

Angeregt durch den jüngsten „Report to Congress on PRC Military Power“ des US-Verteidigungsministeriums, in dem aus amerikanischer Sicht Taiwan „eine glaubwürdige Drohung gegenüber Chinas Bevölkerung oder hochwertige Ziele wie den Dreischluchten-Staudamm“ aufbauen sollte, sowie durch die unverminderten US-Waffenverkäufe an Taiwan (vgl. C.a., 2004/4, Ü 1), musste sich Rice von allen Gesprächspartnern heftige Kritik gefallen lassen. Die Worte von Außenminister Li waren denn auch eine deutliche Warnung an die Adresse der Vereinigten Staaten: „Wir

drängen die USA stark darauf, die Sensibilität der Taiwan-Frage und die Bedeutung der momentanen Situation voll und ganz zu verstehen und Chinas ernste Haltung auch ebenso ernst zu behandeln. Wir drängen die USA, den Verkauf von offensiven Waffen an Taiwan zu stoppen, militärische Bündnisse und den offiziellen Austausch mit Taiwan in Zukunft zu unterbinden sowie die Unterstützung für Taiwans Teilnahme an internationalen Organisationen, die nur souveränen Staaten zustehen, zu unterlassen. Nur so können wir für eine stabile Entwicklung der Sino-US-Beziehungen sowie für Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße garantieren.“

Hu betonte, der Status, der Taiwan von amerikanischer Seite gegeben würde, sei der Schlüssel zu den künftigen US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Die amerikanische Regierung solle es vermeiden, „falsche Signale“ auszusenden. In Bezug auf eine mögliche Unabhängigkeit Taiwans sei China zu keiner Veränderung seiner Haltung bereit: „Wir werden nicht untätig zusehen, wenn Taiwan sich unabhängig erklärt und vom Ausland unterstützt wird“, drohte Jiang. Rice wurde durch die mehrfache Kritik dazu gezwungen, wiederholt zu betonen, Präsident Bush verstehe sehr wohl die Sensibilität, die die Taiwan-Frage mit sich bringe und halte an der Ein-China-Politik sowie an den drei gemeinsamen sino-US-amerikanischen Kommuniqués fest. Sie brachte ihre Beschwichtigungsversuche auf den Punkt, indem sie sagte: „Bush wird eine Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen.“ Unklar blieb, wie eine solche Nichtunterstützung im amerikanischen Sinne aussehen würde.

Chinesischen Analysen zufolge reflektieren die harten chinesischen Worte die tiefe Enttäuschung der chinesischen Regierung über die Behandlung der Taiwan-Frage seitens der USA. Demnach bekomme China nun nicht den erhofften Gegenlohn für die Anstrengungen, die es in der Unterstützung für die amerikanischen Antiterrorismuspläne unternommen habe. Auch die Tatsache, dass sich China zwar gegen den Unilateralismus der USA im Irak-Krieg gestellt hatte, diesen Widerspruch jedoch auf unterstem Niveau gehalten habe, spreche doch nun eigentlich dafür, von den USA

ein entsprechendes Entgegenkommen in der Taiwan-Frage erwarten zu können. „Die USA haben Chinas Unterstützung an vielerlei Fronten gesucht, und China gewährte die gewünschte Unterstützung. Aber die stellte sich nun als einseitig heraus“, so ein Professor der School of International Studies der Beijing University.

Rices Bemühungen, Chinas Führung dazu zu bringen, Pjöngjang zu einer Aufgabe seiner Kernwaffenpläne zu bewegen und diesbezüglich einen hochrangigen Dialog zwischen China und den USA ins Leben zu rufen – bei den letzten Sechs-Parteien-Gesprächen kam es zu keinen nennenswerten Ergebnissen (vgl. C.a., 2004/6, Ü 1) –, verpufften, soweit bekannt, ob der Dominanz des Taiwan-Themas nahezu unkommentiert. Lediglich die *Straits Times* berichtete, Rice habe Jiang überzeugt, auf Nordkorea Druck auszuüben und es zu bewegen, das Nuklearprogramm abzubauen. Das *Wall Street Journal* schreibt dagegen lediglich, die chinesische Seite ließ auf Rices Bitte nur unspezifisch verlauten, man sehe die Sechser-Gespräche als in Gang gekommen und arbeite mit den Nordkoreanern an einer Lösung. Chinesische Staatsmedien vermuteten indes, der Besuch der Sicherheitsberaterin der amerikanischen Regierung sei in erster Linie darauf angelegt gewesen, den Wahlkampf Bushs in den USA zu unterstützen. Fortschritte in der Nordkorea-Frage würden demnach Bushs Chancen auf eine Wiederwahl deutlich erhöhen. (Xinhua, 6., 8., 9.7.04, nach BBC PF, 6., 8., 9.7.04; XNA, 6., 8., 9., 14.7.04; SCMP, 1., 7.7.04; ZXS, 8.7.04, nach BBC PF, 8.7.04; HAT, 9.7.04; CCTV-4, 8., 9.7.04, nach BBC PF, 8., 9.7.04; WSJ, 8., 9.7.04; ST, 9., 10., 22.7.04; HT, 13., 21.7.04; CCTV-1, 8.7.04, nach BBC PF, 8.7.04; RMRB web site, 20.7.04, nach BBC EF, 20.7.04) -eva-

#### 4 Diplomatische Spannungen zwischen China und Singapur

Die sonst so guten Beziehungen zwischen China und Singapur sind jüngst von einem diplomatischen Rückschlag überschattet worden. Ein „privater und inoffizieller“ Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten von Singapur, Lee Hsien Loong, in Tai-

wan, löste scharfe Kritik in Beijing aus. Lee, der laut eigener Angaben alte Freunde besuchte, war zum letzten Mal 1992 in Taiwan, als Taiwan von Singapur noch als eigenständiger Staat anerkannt war. Seit der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik vollführt Singapur eine politische Gratwanderung, da sich der Stadtstaat einerseits zum Ein-China-Prinzip bekennt, gleichzeitig jedoch enge wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu Taiwan unterhält.

Nachdem die chinesische Regierung im Vorfeld der zwischen dem 10. und 12. Juli stattfindenden Reise über Lees Vorhaben unterrichtet worden war, sandte Beijing zunächst eine entsprechende Warnung nach Singapur, die Reise nicht anzutreten. Diesem Druck beugte sich Lee jedoch nicht, da er sonst, wie es hieß, Singapurs Recht auf freie Entscheidungen aufgegeben hätte und dies dem Ansehen des kleinen Staates Schaden zugefügt hätte. Lee sagte, es wäre bedauerlich, würden die Beziehungen zwischen Singapur und China unter seinem Besuch leiden, führte jedoch weiter aus, dass seiner Ansicht nach nur eine „oberflächliche und spröde“ Beziehung eine solche Episode nicht überstehen würde. Gleichzeitig machte er deutlich, dass Singapur seine engen Verbindungen zu China schätze und an der Ein-China-Politik festhalte.

Das Prekäre des Besuches lag nicht allein in der Tatsache, dass Lee Hsien Loong, Sohn des Gründervaters Lee Kuan Yew, von taiwanischen Regierungsmitgliedern ehrenvoll als Staatsgast empfangen wurde, sondern insbesondere auch darin, dass er am 12. August die Amtsgeschäfte des amtierenden Premiers Goh Chok Tong übernehmen wird. Zudem hielt sich der zukünftige Premierminister während seines außeramtlichen Besuches auch nicht mit politischen Bemerkungen zurück. Während der Visite traf Lee unter anderem mit hochrangigen Persönlichkeiten, wie Präsident Chen Shuibian, Oppositionsführer Lian Chan und Premierminister Yu Shyikun zusammen.

Erwartungsgemäß heftig reagierte die chinesische Regierung auf die Reise Lees, der wenige Monate zuvor zu Besuch in Beijing war. Sie äußerte „Ent-

setzen und Enttäuschung“ und ließ verlautbaren, Lees Besuch in Taiwan hätte die Basis der politischen Beziehungen zwischen China und Singapur verletzt. Um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen, wurden mehrere Besuche und Veranstaltungen abgesagt, so auch eine geplante Reise des chinesischen Notenbankpräsidenten nach Singapur. Ebenso kündigte die chinesische Seite die Notwendigkeit korrigierender Schritte und wirtschaftlicher Konsequenzen an. Eine längerfristige Beeinträchtigung der diplomatischen Verbindungen wird jedoch von keiner Seite erwartet. (XNA, 12.7.04; SCMP, 12., 13., 14.7.04; *Kyodo News Service*, 15.7.04, nach BBC EF, 15.7.04; *Central News Agency* web site, 16.7.04, nach BBC PF, 16.7.04; WSJ, 13., 16., 23., 26., 7.04; ST, 15., 21., 22., 23.7.04; ST web site, 17., 18., 19., 21., 22.7.04, nach BBC PF, 17., 18., 19., 21., 22.7.04; ST web site, 17.7.04, nach BBC EF, 17.7.04; Xinhua, 20.7.04, nach BBC PF, 20.7.04; NZZ, 26.7.04, S.3) -cam-

#### 5 Streit um Erdgasvorkommen zwischen China und Japan

Am 7. Juli begann Japan, Erdgasvorkommen im so genannten „Chunxiao“-Gasfeld nordwestlich von Okinawa zu erkunden. Das 27,5 Mio. US\$ teure Projekt, bei dem hauptsächlich durch Schallwellen mögliche Gasvorkommen sondiert werden sollen, wird noch bis in den Oktober hinein andauern. Das von Japan zu untersuchende Areal erstreckt sich über eine Länge von 30 km östlich entlang der von Japan unilateral ausgerufenen Demarkationslinie.

Derzeit wird das Chunxiao-Gebiet westlich dieser Linie von chinesischer Seite im „East China Sea Project“ durch die „China National Offshore Oil Cooperation“ (CNOOC) gemeinsam mit europäischen Partnern, unter anderem Shell, erschlossen. Das von diesem chinesisch-europäischen Konsortium für die Bohrungen ausgesuchte Areal liegt lediglich fünf Kilometer westlich der von Japan festgelegten Demarkationslinie. Diese zieht eine Seegrenze exakt auf halber Distanz zwischen den Küsten beider Staaten. Japan wirft nun China vor, China treffe bei den Bohrungen möglicherweise Gasadern auf japanischem Gebiet

und könnte somit Gas unberechtigterweise abpumpen. China streitet allerdings ab, die Demarkationslinie durch die Bohrungen zu verletzen. Überdies verweigert Beijing ohnehin die Anerkennung dieser Grenze und betrachtet stattdessen das Ende des Kontinentalschelfs als eigentliche Grenzlinie seines Seeterritoriums, was einer Ausdehnung fast bis Okinawa gleichkommt. Das UN-Seerechtsabkommen erlaubt Küstenländern eine Ausdehnung im Seebereich bis 200 Seemeilen (370 km) vor der jeweiligen Küste. Beijing und Tokio, die zwar beide das Abkommen 1996 unterschrieben haben, konnten sich bislang auf keine gemeinsame Grenze einigen. Die Vereinten Nationen werden nach eigenen Angaben erst im Jahr 2009 eine Regulierung der bis dahin weltweit noch offen stehenden küstennahen Territorialansprüche vornehmen.

Um den Konflikt von vornherein nicht eskalieren zu lassen, hatte Chinas Außenminister Li Zhaoxing bei einem Treffen mit seiner japanischen Amtskollegin Yoriko Kawaguchi bereits am 22. Juni in Qingdao den Vorschlag gemacht, gemeinsam die Chunxiao-Gasvorkommen zu sondieren. Kawaguchi entgegnete, eine solche Übereinkunft käme nicht infrage, solange nicht von chinesischer Seite die exakten Koordinaten des Chunxiao-Gasfeldes, sowohl was die Tiefe als auch die Ausdehnung angehe, klar abgesteckt würden. Das japanische Außenministerium stellte zudem zwei zusätzliche Forderungen: Bevor der Konflikt gelöst werden könne, müsse China sowohl beweisen, dass das Chunxiao-Feld die „Demarkationslinie“ nicht überschreite, als auch glaubhaft machen, dass die angebohrten Felder unterirdisch keine Verbindung zu Feldern auf der japanischen Seite aufwiesen. Erst nach Klärung dieser beiden Punkte sei man für weitere Diskussionen offen.

Beijing zeigte sich bislang weder bereit, auf die Forderungen einzugehen, noch die geforderten Daten über das Gasfeld herauszugeben, was Japan nun zu dem Schritt bewegen habe, eigene Forschungen anzustellen, so Japans Wirtschaftsminister Shoichi Nakagawa.

Nach Bekanntwerden der japanischen Erkundungsarbeiten, reagierte China

empfindlich. Chinas Vizeaußenministerin Wang Yi zitierte am gleichen Tag den japanischen Diplomaten Koreshige Anami zu Gesprächen ins chinesische Außenministerium. Die „Provokation von japanischer Seite“ sei „völlig inakzeptabel“, China verwehre sich dagegen auf das Schärfste, so Wang. Japan solle demnach keinerlei Aktionen unternehmen, die Chinas Interessen untergraben und die momentane Situation verkomplizieren könnten. China dränge Japan darauf, die Untersuchungen sofort zu stoppen, da diese Chinas Interessen und seine Souveränität verletzen würden. Man könne diesen Schritt Japans in keinem Fall tolerieren. Japan fuhr jedoch, von den harten Worten unbeeindruckt, mit seiner Suche nach Erdgas unbeirrt fort. (XNA, 8.7.04; WSJ, 30.6., 8., 9.7.04; ST, 1.7.04; SCMP, 2.7.04, nach BBC EF, 2.7.04; Xinhua, 8.7.04, nach BBC PF, 8.7.04; *Kyodo News Service*, 4., 6., 7., 8.7.04, nach BBC EF, 4., 6., 7., 8.7.04; SCMP, 8.7.04) -eva-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 6 Stärkung der „Regierungskapazität der Partei“ im Fokus der KPCh-Spitzengremien

Das Konzept der „Regierungskapazität der Partei“ (*dang de zhizheng nengli*) und die Möglichkeiten, diese zu stärken, beschäftigt derzeit die Spitzengremien der KPCh. Unter Leitung des KPCh-Generalsekretärs Hu Jintao setzten sich die Mitglieder des Politbüros in den vergangenen Wochen intensiv mit dem Konzept auseinander, dessen Formulierung auf den XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 zurückgeht. Auch das Zentralkomitee wird sich dem Thema widmen, nachdem auf einer Sitzung des Politbüros am 23. Juli beschlossen wurde, die Stärkung der Regierungskapazität der Partei auf die Agenda der 4. Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh zu setzen, die für September anberaumt wurde.

Dank der unter Hu Jintao eingeführten regelmäßigen Nachrichtenberichterstattung über Sitzungen und andere Aktivitäten des Politbüros war

den Medien zu entnehmen, dass bereits Ende Juni einer der zahlreichen „kollektiven Studienkurse“ für die Mitglieder des Politbüros vollständig dem Thema der Regierungskapazität vorbehalten war. Seit seinem Amtsantritt hat der KPCh-Generalsekretär das Politbüro regelmäßig zu solchen Seminaren verpflichtet, in denen etwa einmal monatlich ausgewiesene Experten zu ausgewählten, parteipolitisch relevanten Themen referieren und sich anschließend der Diskussion stellen. So weit bekannt, handelte es sich bei dem am 29. Juni zum Thema „Regierungskapazität“ veranstalteten Seminar um das 14. seiner Art. Als Experten waren die beiden Professoren Huang Zongliang von der Beijing-Universität und Lu Xianfu von der Zentralen Parteischule in Beijing geladen. Hu Jintao selbst betonte einleitend, dass es für den bisherigen und zukünftigen Entwicklungspfad der KPCh kein vergleichbares internationales Beispiel gebe, da China sich in Geschichte, Kultur, Gesellschaftssystem und Entwicklungsstand grundlegend von allen anderen Ländern unterscheide. Wenn es daher auch nicht möglich sei, Erfahrungen politischer Parteien in anderen Ländern zu kopieren, könnte es zur Erweiterung des eigenen Horizonts dennoch hilfreich sein, konkrete Regierungs- und Verwaltungspraktiken, wie sie in anderen nationalen Kontexten zu beobachten seien, zu studieren und als Referenz zur eigenen Orientierung heranzuziehen.

Ähnlich argumentierte ein Artikel in der *Volkszeitung* anlässlich des 83. Jahrestags der Gründung der KPCh am 1. Juli. Auch hier wurde dazu aufgefordert, die „positiven und negativen Erfahrungen“ politischer Parteien in anderen Ländern zu Rate zu ziehen, um die Regierungskapazität der KPCh nach 55 Jahren der Machtausübung weiter zu stärken und gegen Korruption und Dekadenz zu wappnen. Wie jüngste Beispiele etwa politischer Stiftungen in Deutschland bestätigen, zeigen sich chinesische Delegationen mit KPCh-Hintergrund derzeit am Erfahrungsaustausch mit politischen Parteien im Ausland sehr interessiert.

Wie eine Hongkonger Quelle erfahren haben will, befassen sich derzeit zahlreiche Parteitheoretiker und Hochschulprofessoren mit der konzept-